Monarchenbegegnung in Venedig.

Wie alle Nachrichten aus Venedig übereinstimmend versichern, hat die Monarchenbegegnung am 26. d. einen glänzenden Verlauf genommen. Kaiser Wilhelm und König Viktor Emanuel unternahmen eine Besichtigung verschiedener Sehenswürdigkeiten und frühstückten sodann gemeinsam. Für die Öffentlichkeit bestimmte Trinksprüche wurden nicht gehalten, doch wird immer wieder versichert, daß der Verkehr der Herrscher ein überaus herzlicher und freundschaftlicher gewesen sei. Während aber die meisten Blätter behaupten, die Monarchen hätten während eines kurzen Alleinseins nur von der Mittelmeerfahrt Kaiser Wilhelms gesprochen, berichtet die ‚Tribuna' aus angeblich bester Quelle, die Herrscher hätten insbesondere die Balkan- und die Marokkofrage miteinander eingehend besprochen. Kaiser Wilhelm betonte dabei seine große Freundschaft für die Türkei, ferner seine feste Absicht, die Algeciras-Akte aufrecht zu erhalten und die Unabhängigkeit Marokkos möglichst zu wahren. Auch ließ er angeblich seine Bereitwilligkeit durchblicken, bei der Pforte Italiens Absicht einer friedlichen Durchdringung von Tripolis zu unterstützen. — Auch die ‚Italia' erklärt, daß die Begegnung der beiden Monarchen nicht unpolitischer Art gewesen sein könne. Kaiser Wilhelm und Viktor Emanuel hätten nach dem Diner, gemütlich plaudernd, alle wichtigen Fragen des gegenwärtigen Augenblicks gestreift, so namentlich die Balkanpolitik. Und da sei es zu begrüßen, daß sowohl der Kaiser, als der König, jeder in seiner Sphäre, Einfluß auf die einzelnen Mächte ausüben können, um die Einigkeit des europäischen Konzerts zu verbürgen. So können die intimen Beziehungen Deutschlands zu Österreich einerseits und die neue Freundschaft Italiens zu Rußland anderseits für die Einigkeit der europäischen Maßnahmen im Balkan von großem Nutzen sein. Das Blatt schließt, die venezianische Bevölkerung jubele dem Kaiser hauptsächlich deshalb zu, weil es in ihm den Vermittler zwischen Italien und Österreich und folglich einen Bürgen des Friedens erblicke. Natürlich sind solche Nachrichten mit großer Vorsicht aufzunehmen. Das politische Ergebnis wird sich besser überblicken lassen, wenn Fürst Bülow mit dem italienischen Minister des Äußern in Venedig zusammengetroffen sein wird, was nach italienischen Blättern noch im April geschehen soll. Über den Besuch König Viktor Emanuels auf der Kaiserjacht „Hohenzollern" wird aus Venedig berichtet: Kurz nach 7 Uhr abends (am 25. d.) bestieg König Viktor Emanuel, vom Kaiser herzlich bewillkommnet, das stolze Schiff. Alle Kriegsschiffe glühten im Schein von Tausenden von elektrischen Lämpchen, die die Wände, die Raen und Masten schmückten. Plötzlich wurden von Bord der „Hamburg" einundzwanzig Kanonenschüsse gelöst. — Der König blieb bis zum Beginn der Tafel im Salon der Kaiserin mit seinen hohen Gastgebern zusammen. Die Lagune, die Kirchen und Paläste waren in rotes, grünes und weißes Licht gehüllt, über das dunkle Wasser huschten blitzartige Reflexe. Die Panzer schienen lichterloh zu brennen. Während der Illumination brachte auf einem großen schwimmenden Prahm, der ebenfalls reich illuminiert war, eine Musikkapelle eine große Serenade dar. Abwechselnd mit dieser konzertierte die Kapelle der „Hohenzollern". Viele hundert Gondeln, deren Insassen der Kaiserin und den beiden Monarchen andauernd Ovationen darbrachten, hielten in der Nähe der Kaiserjacht. Auf der „Hamburg" fand gleichzeitig eine Festlichkeit statt. Während König Viktor Emanuel am Donnerstag abend von Venedig abgereist ist, wo er auf Wunsch Kaiser Wilhelms bedeutend länger verweilt hat, als ursprünglich festgesetzt war, verließ das deutsche Kaiserpaar unter den stürmischen Hochrufen einer tausendköpfigen Menge am Freitag morgen den Hafen von Venedig, um nach kurzer Kreuzfahrt auf dem Adriatischen Meere sich nach Korfu zu begeben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Die schwere Erkrankung des präsidierenden Bürgermeisters von Hamburg, Dr. Mönckeberg, der am 23. d. von einem Schlaganfall betroffen wurde, hat in der Nacht zum 27. d. den Tod des verdienstvollen Mannes zur Folge gehabt. Kaiser Wilhelm hat aus Venedig an den Hamburger Senat ein Beileidstelegramm gesandt.

*Reichskanzler Fürst v. Bülow hat sich nach Wien begeben, um dem österreichischen Minister des Äußeren v. Ahrenthal den lange angekündigten Gegenbesuch zu machen. Wie verlautet, wird sich der Reichskanzler in nächster Zeit auch nach Italien begeben, um in Venedig mit dem Minister des Äußeren, Tittoni, zusammenzutreffen.

*Im lippischen Landtage erklärte Staatsminister v. Gevekot, die Regierung sei bereit, einer Wahlreform zuzustimmen, die den Einfluß der dritten Wählerklasse stärken soll. Demgegenüber erklärten die Konservativen, daß sie trotz dieser Regierungserklärung einer solchen Wahlreform nicht zustimmen könnten. Damit gilt die geplante Wahlreform als gescheitert.

*Im Lübecker Senat wird demnächst eine Vorlage betr. die Errichtung von Jugend-Gerichtshöfen eingebracht werden.

*Die Bevölkerung von Deutsch-Südwestafrika hat die Regierung ersucht, daß das für Windhuk in Aussicht genommene Denkmal zu Ehren der in den Aufstandsjahren Gefallenen dem Andenken aller Opfer des Aufstandes, also auch dem der Ermordeten, gewidmet werden möchte. Die Behörden haben hierzu bereitwillig ihr Einverständnis gegeben.

Belgien.

*König Leopold, der an einem ernsten Halsleiden erkrankt ist, hat sich nach Oberitalien begeben, um dort seine völlige Genesung abzuwarten.

Luxemburg.

*Der Großherzog von Luxemburg, der seit Jahren leidend ist, hat seine Gemahlin, Maria Anna, Infantin von Portugal, zur Regentin ernannt, weil er „bei seiner zunehmenden Entkräftung nicht mehr in der Lage sei, den Geschäften die notwendige Sorgfalt zu widmen." Großherzog Wilhelm vollendet am 22. April das 56. Lebensjahr. Seine Gemahlin, nun Regentin von Luxemburg, ist die Schwester jenes Dom Miguel von Braganza, der wegen seiner Ansprüche auf den portugiesischen Königsthron vor einiger Zeit viel von sich reden machte. Thronfolgerin ist nach dem Gesetz von 1907 die Tochter des Erkrankten, Marie, die jetzt den Titel Erbgroßherzogin führt.

Rußland.

*Aus Petersburg wird gemeldet, daß ein Einverständnis zwischen Rußland, Italien, England und Frankreich wegen der Vorschläge Rußlands über Mazedonien bereits erzielt sei, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn noch nicht ganz, jedoch stehe auch dieses bevor. Der Minister des Äußern Iswolsky werde dann in einer Dumarede den von Rußland verbesserten englischen Reformplan auseinandersetzen.

Amerika.

*In einer längeren Rede erklärte Präsident Roosevelt, er sei durchaus kein Gegner der Trusts, sondern nur jener großkapitalistischen Gesellschaften, die den Gesetzen Trotz bieten. Mit andern Worten: Roosevelt bedauert jetzt angesichts der beginnenden Wahlbewegung sein scharfes Vorgehen gegen viele der angesehensten großkapitalistischen Betriebe.

Asien.

*Aus Söul, der Hauptstadt Koreas, wird gemeldet, daß sich dort eine japanfeindliche Bewegung bemerkbar mache, die bereits zu Straßenunruhen ernster Art geführt hat. Die japanische Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, an die Bevölkerung eine öffentliche Mahnung zu richten, in der strenge Maßnahmen angedroht werden für den Fall, daß sich die Straßenkundgebungen gegen Japan wiederholen.

Aus dem Reichstage.

Am 26. d. wird zunächst in zweiter Beratung der Ergänzungsetat ohne Debatte angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei mit der Debatte über innere Politik fortgesetzt. Es liegen dazu elf Resolutionen vor.

Fortgesetzt. Mehrere Redner traten für eine Reform des preußischen Wahlrechts ein. Der Abg. Lattmann (wirtsch. Vgg.) will den Beamten kein volles Koalitionsrecht zugestanden wissen, es sei unvereinbar mit den Pflichten der Beamten.

Reichskanzler Fürst Bülow: Besonders haben mich die Ausführungen des Vorredners interessiert, die sich auf die Pflichten der Beamten und das Verhältnis der Beamten zum Staat bezogen. Heute wende ich mich der Reform des preußischen Wahlrechts zu. Die Resolution der Sozialdemokraten auf Einführung des Reichstagswahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen beiderlei Geschlechts ist selbstverständlich für uns unannehmbar. Die Parlamente dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Vermischung von Reichsangelegenheiten und Angelegenheiten der Bundesstaaten wäre eine Gefahr für jede verfassungsmäßige Ordnung. Eine reinliche Scheidung der Angelegenheiten der Einzelstaaten und der des größeren Gemeinwesens wird in der Schweiz, den Ver. Staaten von Amerika und in jedem föderativen Staatswesen beobachtet. Die Erklärung der preußischen Staatsregierung im Landtage enthielt keine Kritik des Reichstagswahlrechts. Sie hat sich gegen die Übertragung dieses Wahlrechts auf Preußen ausgesprochen. (Unruhe links.) Wir sind alle sehr empfindlich für jede Störung die von außen, die von oben kommt. Würde es sich nicht empfehlen, daß wir uns untereinander möglichst wenig stören? Wenn ich wirklich ein kritisches Wort über das Reichstagswahlrecht gesagt hätte? Noch leben wir nicht im Zukunftsstaat, wo von oben befohlen wird, was als wahr zu gelten hat und was nicht. Warum soll das Reichstagswahlrecht sakrosankt sein, wo Gott, Vaterland, Monarchie, Familie, Gesetz, Verfassung, Ordnung und Privateigentum angegriffen, verhöhnt und untergraben werden? Der Reichskanzler verliest einen Zeitungsartikel, in dem das Reichstagswahlrecht keineswegs als ein Ideal angesehen ist. Der Verfasser ist kein harigeflottener Reaktionär, sondern ein Veteran der liberalen Partei, der freisinnige Denker Friedrich Dernburg. Ich bin kein Fetischanbeter, kein Götzendiener und an Dogmen in der Politik glaube ich überhaupt nicht. Ein absolut gutes Wahlrecht gibt es überhaupt nicht. Jedenfalls besteht in Preußen kein Bedürfnis, einer auf dem Prinzip des Klassenkampfes beruhenden Partei noch weiteren Spielraum zu gewähren. Weniger verständlich als die skrupellose Agitation der Sozialdemokratie ist mir das Eintreten der bürgerlichen Linken für die Forderung der Wahlrechtsreform. Ein Teil der Liberalen hat das Streben, gemeinsam mit der Sozialdemokratie Stimmung gegen Preußen durch die Wahlrechtsfrage zu machen. Hierdurch werden die Reformarbeiten nur erschwert. Ich habe im Reiche das geheime Wahlrecht mit neuen, stärkeren Kautelen umgeben, bin also gewiß kein grundsätzlicher Gegner des geheimen Wahlrechts. Wenn die preuß. Regierung die geheime Stimmabgabe nicht in Aussicht gestellt hat, so befindet sie sich in sehr anständiger liberaler Gesellschaft. Das allgemeine Wahlrecht ist in Preußen gar nicht einführbar ohne schwere Konflikte. Die Konservativen lehnen es ab, auch die Nationalliberalen wollen nichts davon wissen. Als die Einigung des Reiches erfolgte, da sind für immer und unauflöslich die Schicksale Preußens und des Reiches verbunden worden. In dieser Einheit beruht die Zukunft der Nationen, diese Einheit ist unser höchstes Gut, diese Einheit wird weder durch auswärtige Angriffe noch durch innere Krisen je wieder zerstört werden können.

Abg. Wellstein (Zentr.): Eine solche Verurteilung des deutschen Wahlrechts hätte nicht aus dem Munde des ersten Reichsbeamten und preußischen Ministerpräsidenten ertönen sollen.

Abg. Emmel (soz.) führt aus, der Reichskanzler habe die Hoffnung auf einige Reformen im preußischen Wahlrecht erweckt, eine ernstliche Reform gibt es aber nicht.

Das Gehalt des Reichskanzlers wird genehmigt.

Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen, abgelehnt werden nur zwei Resolutionen der Sozialdemokraten (Wahlrecht und Ausweisung von Ausländern), sowie diejenige auf Einrichtung von Beamtenausschüssen und Unterstellung der Beamten unter die Gewerbeinspektion.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amts, der nach unwesentlicher Debatte bewilligt wird.

Am 27. d. wird namentlich abgestimmt über die von den Polen zum Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei eingebrachte Resolution wegen Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung der politischen Verhältnisse in der polnischen Bevölkerung des Deutschen Reiches. Die Resolution wird mit 158 gegen 148 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Flottengesetzes in Verbindung mit der dritten Lesung des gesamten Etats.

Staatssekretär Sydow erklärt in bezug auf eine Petition zum Reichspatentamt, die verbündeten Regierungen hielten eine Gleichstellung der ständigen Mitarbeiter im Patentamt mit den Versicherungsinspektoren nicht für gerechtfertigt.

Abg. Speck (Zentr.) beleuchtet das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten und wendet sich erneut gegen direkte Reichssteuern.

Abg. Graf Kanitz (kons.) erklärt sich gleichfalls gegen direkte Reichssteuern und fordert ein Eingreifen der Regierung gegen die Preistreibereien der Syndikate.

Abg. David (soz.) tritt für direkte Steuern ein und geht dann auf das preußische Wahlrecht ein. Graf Posadowsky und Fürst Hohenlohe hätten mit ihren Portiers zusammen in der dritten Klasse gewählt. Wenn man von der preußischen Schule und Kultur spreche, so müsse man schamrot werden. Das Wahlgeheimnis sei durch das Klosettgesetz nicht gefährdet. Verlangt werden müsse die Einführung von Wahlurnen, die die geheime Wahl sichern.

Abg. Schrader (frs. Vgg.) bespricht die ungünstige Finanzlage des Reiches, die die Fertigstellung der Beamtenbesoldungsvorlage in dieser Session unmöglich gemacht habe, und fordert eine gründliche Revision des preuß. Wahlrechts.

Abg. Bebel (soz.) führt aus, es sei noch nicht dagewesen, daß ein Etat seine regelmäßigen Ausgaben nicht durch Einnahmen decken könne. Er möchte wissen, in welcher Richtung das Sparen gedacht sei. Wir würden statt zu einer Ersparnis dauernd zu Mehrausgaben kommen. Die Sozialdemokratie sei durch die Zustände in der bürgerlichen Gesellschaft von Jahr zu Jahr gewachsen, trotzdem alle Machtmittel des Staates, Kirche, Schule, Polizei, Militär gegen das Proletariat ankämpfen. Werde dem Proletariat nicht das Seinige gegeben, so werde es mit Naturnotwendigkeit zur Revolution gezwungen. Das Proletariat stehe weit höher als das heutige Bürgertum. Im direkten, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht komme die politische Gleichheit der Staatsbürger zum Ausdruck, deshalb fordere die Sozialdemokratie dieses Wahlrecht, was die süddeutschen Arbeiter schon vor Preußen hätten.

Abg. Wagner (kons.): In den Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten sind die vielen Punkte, die zugunsten Preußens sprechen, ganz übersehen und nur einige angebliche Schattenseiten ausgebeutet worden. Mögen die Arbeiter sich losmachen vom Joch der neuen Jakobiner.

Es entspinnt sich noch eine längere Polemik zwischen den sozialdemokratischen Abgg. Bebel und Singer einerseits und dem Reichspostsekretär Krätke anderseits wegen angeblicher Verletzung des Briefgeheimnisses. Die Sozialdemokraten können aber den Beweis dafür nicht erbringen, daß Postbeamte sich Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen.

Damit schließt die Generaldebatte.

Das Flottengesetz (Herabsetzung der Lebensdauer der Kriegsschiffe) wird ohne Spezialdiskussion angenommen, ebenso der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Beim Etat des Auswärtigen Amts beantragt

Abg. Arendt (freik.) Wiederherstellung des Kommissionsbeschlusses auf Streichung des Neubaues eines Konsulatsgebäudes in Tientsin. Eile liege hier nicht vor, angesichts der Finanzlage könne dies sehr gut zurückgestellt werden.

Staatssekretär v. Schön bittet um Genehmigung.

Der Titel wird gestrichen. Der Rest dieses Etats wird bewilligt und darauf die Weiterberatung vertagt.

Die Dame mit den Rosen.

10] Kriminalroman von G. Quist.

(Fortsetzung.)

„Ich wußte, daß er unschuldig ist, daß er nicht schuldig sein konnte," fuhr Anna fort, „ich versuchte, dich davon zu überzeugen; ich bat, Mitleid mit ihm zu haben. Vergebens. Du gehorchtest einer gebietenden Stimme; der Beamte war unbeugsam, so leid es vielleicht auch dem Vater sein mochte."

Herr v. Walmoden seufzte schwer.

„Ich brauche dir nicht zu sagen," fuhr Anna fort, „was ich in den drei Monaten der Untersuchung gelitten, und was ich bei der Verurteilung empfunden habe. Ich liebe dich gewiß zärtlich, Vater, aber — er ist im Zuchthause! Wenn ich dich jetzt ansehe, so ist mir immer, als hörte ich die vernichtenden Worte deines Plaidoyers in diesem Unglücks-Prozesse; trotz aller Gegenanstrengungen sehe ich in dir nur noch den Staatsanwalt, der den Tod meines Geliebten gefordert hat."

Herr v. Walmoden verhüllte sein Gesicht und ein krampfhaftes Schluchzen entrang sich seiner Brust.

„Du siehst wohl ein, Vater," schloß Anna, „daß ein ferneres Zusammenleben zwischen uns unter diesen Umständen unmöglich ist. Ich werde dich daher verlassen; ich sage nicht etwa, daß es auf immer geschieht, aber — die Zukunft liegt in Gottes Hand!"

„Anna, mein Kind, du willst mich also wirklich verlassen?" rief Herr von Walmoden vorwurfsvoll — „verlassen eines Menschen wegen, den die Justiz eines schändlichen Verbrechens halber verurteilen mußte?"

„Eines Menschen wegen, der das Opfer eines beklagenswerten Irrtums geworden ist und von dessen Unschuld ich überzeugt bin, wenn auch die ganze Welt ihn für schuldig erklären sollte. Ich werde versuchen, deinen Anteil, Vater, an diesem Irrtume zu sühnen, und ich hoffe, Gott wird mir Kraft dazu geben, denn ich habe Aussicht, die Beweise von Hollmanns Unschuld herbeizuschaffen."

Herr von Walmoden erkannte, daß seine Tochter sich von ihrem Entschlusse nicht abbringen lassen werde, er versuchte daher keinen ferneren Widerspruch.

„Wohin aber gedenkst du zu gehen, mein Kind?" fragte er noch.

„Vorläufig zu meiner Tante, der Oberin des Katharinenstifts, der ich meine Ankunft bereits brieflich angezeigt habe. Ob ich dort bleiben werde und wie lange meine Abwesenheit dauern wird, weiß ich selbst noch nicht, nur Gott weiß es. Frage mich nun nichts mehr, vertraue auf deine Tochter, welche die Ehre deines Namens unbefleckt erhalten wird. Bete für mich und segne mich."

Anna sank vor ihrem Vater auf die Knie.

„Sei gesegnet, mein Kind," sagte Herr von Walmoden, die Hände auf Annas Haupt legend.

Dann folgte eine lange, stumme Umarmung zwischen Vater und Tochter und beide verließen das Zimmer.

* * *

Die Dorfschenke „Zum Kreuzweg", in der Nähe des Städtchens Treilburg an der polnischen Grenze, verdankte ihren Namen der Lage an der Kreuzung mehrerer Straßen. Einstmals nahm hier ein reiches, von einem behäbigen Wirt verwaltetes Gasthaus die Fremden in seinen bequemen Räumlichkeiten auf. Aber da in der Nähe eine Eisenbahn gebaut worden war, so kamen nur noch wenige Fährleute nach der Schenke. Späterhin brach Feuer in den Wirtschaftsgebäuden aus, und es blieben zuletzt nur vier nackte Wände übrig, ein trauriges Denkmal einstiger Wohlhabenheit. Für einen geringen Preis ging das Grundstück in den Besitz einer alten Frau über, die bei dem Volke der Umgegend allgemein für eine Hexe galt, der man allerlei Künste nachsagte.

Ihre Erscheinung hatte auch nichts Vertrauenerweckendes. Sie war weit hergekommen. Man hörte das schon ihrer Mundart an. Ihr Wesen war scheu und unsicher. Es hatte ganz den Anschein, als ob sie in der Ferne aus dem Kreise der Gesellschaft, dem sie angehört hatte, verwiesen worden oder zu entfliehen gezwungen gewesen war.

Kaum war das Grundstück angekauft, so besaß die Alte auch schon die Mittel, um das Wirtshaus wieder einzurichten. Ein unheimliches Treiben fand nun statt. Trotz seiner vorteilhaften Lage an der Landstraße wurde die gastliche Schwelle nur selten am Tage überschritten, abends gab es dagegen um so mehr Zuspruch. Verdächtige Leute, die offenbar nicht ohne Grund die Mützen so tief in die Stirn gedrückt trugen, daß man ihre Gesichter nicht erkennen konnte, drängten sich alsdann in dem langen, niedrigen Gastzimmer, bildeten Gruppen, in denen ein halblauter Verkehr stattfand und hatten der Wirtin manches heimliche Wort zuzuraunen. In dem Hause mußten sich offenbar große Speicherräume befinden, denn jeder Gast brachte bei seinem Besuch ein Bündel mit, das aber keiner wieder mit sich nahm.

Wurde zufällig ein Wanderer in die dunkle Schenke geführt und nahm er am Herd seinen Platz ein, so waren die Stammgäste wohl auf der Hut, plauderten von Getreidepreisen, dem Wetter und gleichgültigen Dingen. In dieser Beziehung herrschte Gemeingeist unter dem zerlumpten Gesindel, das hier verkehrte.

Eines Abends war wieder einmal eine große Anzahl Gäste dort zusammen. Die lebhaften Bewegungen und mancher wilde Ausruf, der das Durcheinander der im Flüstern geführten Unterhaltung unterbrach, zeugten dafür, daß man sich zu keinem gleichgültigen Zwecke versammelt hatte. Dieses unruhige Treiben wurde durch ein Pochen an die Hausür und den Eintritt eines Mannes in das Gastzimmer unterbrochen, der, nach den freundlichen Begrüßungen zu schließen, mit denen man ihn empfing, in dem Kreise der hier verkehrenden Gäste sich eines bedeutenden Ansehens zu erfreuen hatte.

Seine äußere Erscheinung konnte nichts weniger als angenehm genannt werden. Der kleine, aber kräftige und untersetzte Wuchs verriet eine erhebliche Körperkraft, doch war der

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN